aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

31 Februar 2023 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

UKRAINE

Ein Jahr Krieg ..... Seite 2

WIRTSCHAFT

- **WEF in Davos: Veränderung im Geschäftsklima?**
- **Grüne und Fossile in Österreich**

ab Seite 4

KLIMA

RWE, die Grünen und die Kohle ..... Seite 6

AUS DEN BETRIEBEN

Streiks sind ein Überlebenskampf ..... Seite 7

INTERNATIONAL

Frankreich: Mit neuem Schwung gegen Macrons Rentenreform ..... Seite 8

DEBATTE

Vom revolutionären Bruch zu einer revolutionären Zusammenarbeit? ..... Seite 10

Da bewegt sich was ...

An manchen Tagen kommt einem die Welt mit den immerwährenden, den aufgewärmten und den neuen Krisen ziemlich trist vor. Und manchmal sieht es so aus, als würden die Dinge einfach passieren, ohne das jemand etwas dagegen tut.

So tobt seit einem Jahr der Krieg in der Ukraine und trotz der tagtäglichen Nachrichten scheint es, als bewege sich nichts mehr. Die Politiker:innen zerreiben sich zwischen Forderung nach mehr Waffen oder Verhandlungen mit Putin, aber wie kann man sich als Revolutionär:in in diesen Fragen positionieren?

In Lüzerath kam es zu großen Protesten und Schlammschlachten gegen das unnötige Abbaggern von Kohle, an der sich der Energiekonzern RWE bereichern möchte. Und auch wenn das Dorf geräumt wurde, so kann man hoffen, dass die Klimabewegung den erwartbaren Verrat der Grünen nicht vergessen wird.

Auch in Frankreich gehen bei den größten Demonstrationen seit 1995 im ganzen Land Menschen auf die Straße um sich gegen die Rentenreform von Präsident Macron zu wehren. Bei Streiks bringen sie ihren Unmut zum Ausdruck und legen das Land lahm, bis die Politik nachgeben muss.

Und apropos Streiks, auch in Deutschland wird die Arbeit niedergelegt. Bei den Tarifverhandlungen zum Öffentlichen Dienst wird für ordentliche Lohnerhöhungen und mindestens fünfhundert Euro für alle gekämpft — und auch die Post und die Lehrkräfte haben die Nase voll.

Also auch, wenn der Februar einem weismachen will, es steht alles still, so hilft diese Ausgabe der AURORA, den Blick einmal schweifen zu lassen und zu sehen, dass sich vieles bewegt — und da wo die Bewegung noch fehlt? Lass es uns anpacken! ■

Ein Jahr Krieg in der Ukraine

Seit fast einem Jahr tobt der Krieg, den der russische Präsident Putin am 24. 2. 2022 gegen die Ukraine begonnen hat. Ein Krieg, der mindestens 7.000 zivile Todesopfer in der Ukraine gefordert und rund ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht hat: 8 Mio. ukrainische Flüchtlinge sind in Europa registriert worden[1], schätzungsweise 7 Mio. Binnenflüchtlinge gibt es in der Ukraine.

Die Zahl der Soldat:innen, die in diesem Krieg ihr Leben gelassen haben, ist Teil der Kriegspropaganda und deshalb nicht seriös zu ermitteln. Im November sprachen US-Militärs von jeweils rund 100.000 Soldat:innen auf russischer und ukrainischer Seite, die getötet oder verwundet worden seien. Hinzu kommt die systematische Zerstörung der „kritischen Infrastruktur" in der Ukraine, also von Wasser- und Energieversorgung.

Ein Krieg, der noch lange dauern könnte

Warum führt Putin diesen Krieg? Krieg ist die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", wie schon der preußische Militärstratege Clausewitz wusste. Im Falle Putins ist es die Fortsetzung der Politik der Einflussnahme auf das Nachbarland, das von ihm als angestammter Teil des russischen Herrschaftsbereiches angesehen wird. Dabei ist Putin kein „gefährlicher irrer Einzeltäter", sondern er vertritt die Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse Russlands, die in einer Ausweitung des von ihrem Staat kontrollierten Gebiets eine Ausweitung und Sicherstellung ihrer Profitmöglichkeiten sieht.[1]

Doch der russische Imperialismus ist nicht der einzige, der ein Auge auf die Ukraine geworfen hat.[2] Der historisch beispiellose Umfang von NATO-Militärhilfen und -Waffenlieferungen liegt nicht daran, dass die NATO-Staaten nun plötzlich ihr Herz für Völkerrecht, Freiheit und Demokratie entdeckt hätten, oder welche schön klingenden Worte noch bemüht werden, um im Zuge der „Zeitenwende" Militarisierung und deutsche Aufrüstung voranzutreiben.

Nein, die NATO ist noch dasselbe Militärbündnis, das im Irak, Afghanistan und anderswo selbst neokoloniale Kriege (ge)führt (hat). Die NATO-Staaten haben ihre eigenen Ziele und Motive im Zusammenhang mit diesem Krieg. In den sich verschärfenden internationalen Spannungen wollen sie militärisch vorherrschend bleiben (56 % der weltweiten Rüstungsausgaben gehen aufs Konto der NATO) und die Regionalmacht Russland dauerhaft militärisch schwächen. Deshalb werden auch von der Bundesregierung immer schwerere Waffen geliefert: Erst „Defensivwaffen", dann Raketenwerfer, später Schützenpanzer, nun Kampfpanzer ... alle Waffengattungen, die zuvor noch ausgeschlossen wurden, sind inzwischen dabei. Und nun wird über Kampfflugzeuge diskutiert.

Die westlichen Waffen verschaffen der Ukraine aber keine Übermacht. Von der militärischen Rückeroberung aller Gebiete einschließlich der Krim, die der ukrainische Präsident Selenskyj als

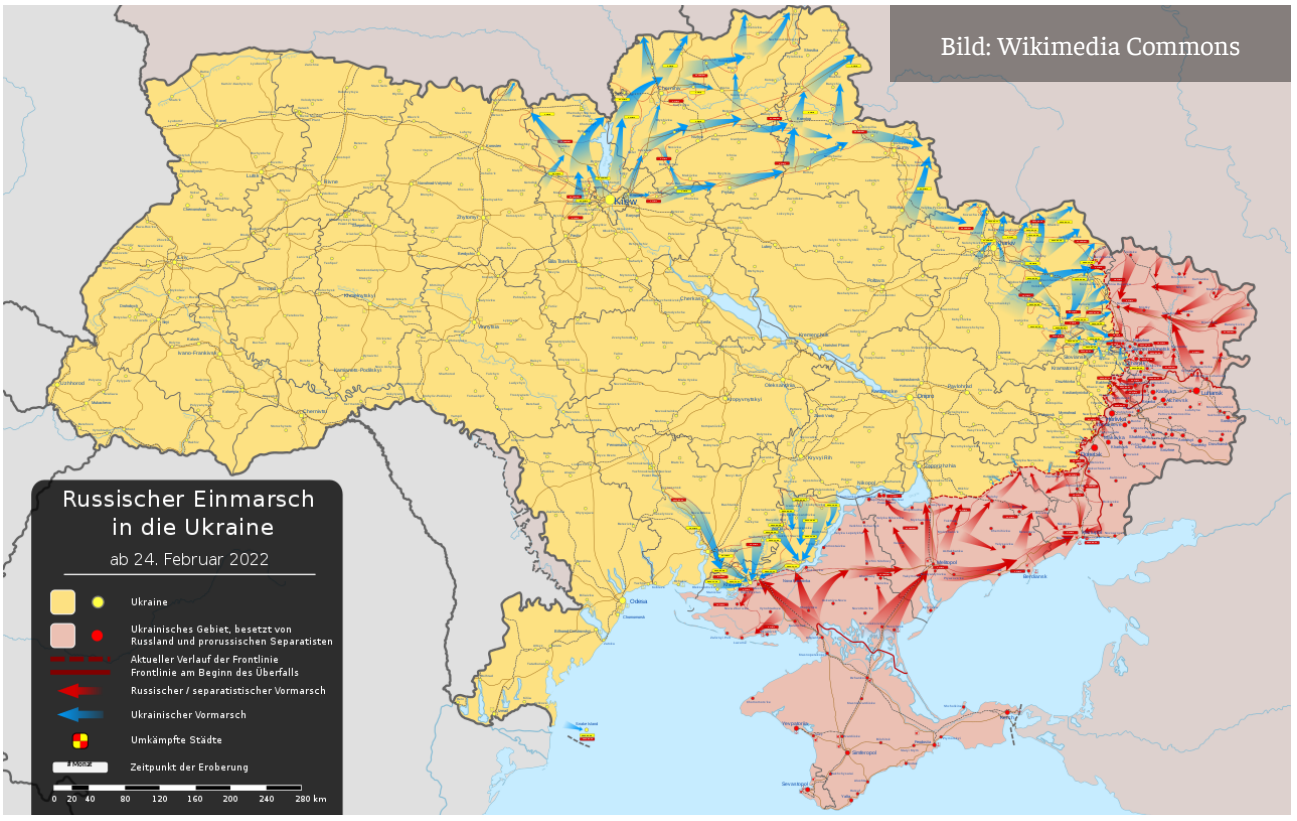

Bild: Wikimedia Commons

Kriegsziel ausgegeben hat, ist er weit entfernt. Gegen die eigene Bevölkerung kann er leichtere Erfolge verzeichnen. So mit der faktischen Abschaffung des Arbeitsrechts im Sinne der Kapitalist:innen[3] und der Verhängung drakonischer Strafen gegen „Deserteur:innen“: bis zu 12 Jahre Haft.

Wie können wir uns gegen den Krieg stellen?

Den meisten Stimmen in Deutschland, die sich der militaristischen Zeitenwende entgegenstellen wollen, fällt nicht mehr ein, als vom westlichen Imperialismus Verhandlungen und einen Kompromiss mit Putin zu fordern. So appellierte der Parteivorstand der Linkspartei am 17. 12. 2022: „Bundeskanzler Scholz sollte sich jetzt für Deeskalation und Verhandlungen einsetzen, wie sie SPD-Fraktionschef Mützenich von Außenministerin Baerbock gefordert hat. [...] der Westen [...] muss initiativ werden für Abrüstung und Entspannungspolitik, für gerechte Weltwirtschaftsstrukturen, für zivile Konfliktlösungen und die Sicherstellung und Anerkennung der Menschenrechte.“ Ganz ähnlich klingt übrigens die AfD, die zum Besten „der deutschen Interessen“ den Zugang zu billigem russischem Gas möglichst schnell wieder herstellen will.

Das im Kalten Krieg verwurzelte Lagerdenken (wer gegen die NATO sei, müsse die russische Staatsführung in Schutz nehmen), ist leider in der deutschen Linken tief verwurzelt. Der Wunsch nach einem schnellen Ende des Krieges mit all seinen geschilderten Gräueln ist mehr als verständlich. Aber man darf sich keinen Illusionen hingeben:

Der Krieg in der Ukraine ist von russischer Seite ein imperialistischer Krieg, der geführt wird, um Teile der Ukraine zu annektieren, wie die sogenannten Referenden und die offizielle Eingliederung in russisches Staatsgebiet gezeigt haben. Die Ukraine wird von den westlichen imperialistischen Mächten unterstützt, damit sie Russland militärisch standhalten kann. Beide Seiten können diesen Krieg noch lange weiterführen.

Es lohnt sich ein Blick zurück in die Geschichte, wenn wir verstehen wollen, wie imperialistische Kriege beendet werden können. Durch Verhandlungen? Eher nicht! Zu Waffenstillständen und Friedensverhandlungen kommt es dann, wenn: A) Eine Partei ihre Kriegsziele erreicht – den Krieg gewonnen hat. B) Es zu einem Patt kommt, wo keine Seite mehr etwas zu gewinnen hat und beide Seiten erschöpft sind. Im Fall der Ukraine kann es zusätzlich sein, dass irgendwann die westlichen Imperialismen zu der Schlussfolgerung kommen, dass sie ihre Ziele in Bezug auf diesen Krieg erreicht haben und über die Köpfe der Ukrainer:innen hinweg mit Putin eine Aufteilung der Ukraine verhandeln. Von beidem sind wir im Moment weit entfernt.

Doch es gibt eine weitere Möglichkeit: C) Wenn die Bevölkerungen gegen die Fortsetzung des Krieges aufbegehren. So hat die russische Revolution den Ersten Weltkrieg im Osten beendet, weil die Arbeiter:innen und Bäuer:innen erst den Zaren, dann die bürgerliche Regierung gestürzt haben, die den Krieg weiterführen wollten. Die russische Revolution hat ein Echo in der deutschen Revolution von 1918 gefunden, die zumindest das Kriegsende beschleunigt hat. Noch ein näher liegendes Beispiel: Der imperialistische Krieg, den die USA in Vietnam geführt haben, wurde nicht zuletzt deshalb beendet, weil die Friedens- und Anti-Kriegsbewegung in den USA selbst die politischen Kosten immer weiter in die Höhe getrieben hat.

Es hilft nichts, an die Imperialisten – wahlweise Putin, Biden oder Scholz – zu appellieren, den Krieg doch bitte zu beenden. Nur eine Bewegung von unten gegen die Kriegstreiber, die zynisch Zigtausende Menschenleben opfern, kann eine Perspektive eröffnen. Natürlich in Russland selbst, wo mit der „Teil“-mobilmachung Hunderttausende in einem traumatisierenden Bruder-Krieg verheizt werden. Trotz der extrem harten Repression gab es Proteste sowohl zu Beginn des Krieges, als auch im Moment der Mobilmachung. Jede Opposition in Russland gegen den Krieg muss unterstützt werden, auch durch bedingungsloses Asyl für russische Deserteur:innen.

Auch in der Ukraine müssen wir darauf setzen, dass die große Masse der Arbeitenden trotz des betäubenden Kriegszustands erkennt, dass Selenskyj nicht der große Volksheld ist, als der er sich seit Putins Überfall gibt. Dass die Ukrainer:innen nicht nur auf westliche Waffen vertrauen, um die russische Armee zurückzuschlagen. Sondern dass sie sich trotz aller Schwierigkeiten als Arbeitende organisieren, sich an die einfachen russischen Soldat:innen wenden und die gemeinsamen Interessen aller Arbeitenden betonen, gegen die Ausbeuter:innen, die diesen Krieg vom Zaun gebrochen haben.

» Es hilft nichts, an die Imperialisten – wahlweise Putin, Biden oder Scholz – zu appellieren, den Krieg doch bitte zu beenden. Nur eine Bewegung von unten gegen die Kriegstreiber, die zynisch Zigtausende Menschenleben opfern, kann eine Perspektive eröffnen. «

Für eine solche Perspektive können wir uns nur dann glaubwürdig einsetzen, wenn wir in Deutschland selber jeder Aufrüstung und der Rüstungsproduktion entschieden entgegentreten, die nun unter dem Vorwand der Waffenlieferungen an die Ukraine weiter ausgeweitet werden soll. Aber auch, indem wir den russischen imperialistischen Krieg nicht relativieren und uns klar auf die Seite der ukrainischen Bevölkerung stellen, die sich gegen die Zerstörung ihres Landes durch eine ausländische Armee zur Wehr setzt. ■

4. 2. 2023, Richard Lux, Berlin

1 data.unhcr.org/en/situations/ukraine

2 vgl. W. Ischtschenko: Wer kann diesen Krieg wollen, Jacobin Magazin #10.

3 Ausführlicher in früheren Artikeln: sozialismus.click/category/artikel/ukraine/

4 sozialismus.click/waehrend-des-kriegs-haben-die-oligarchen-ihr-wahres-gesicht-gezeigt/

Nach dem World Economic Forum (WEF) in Davos …

Veränderung im Geschäftsklima?

Mitte Januar versammelten sich im schweizerischen Davos die hohen Tiere der Weltwirtschaft. Das Event wurde dieses Jahr „Cooperation in a Fragmented World“ (Zusammenarbeit in einer fragmentierten Welt) genannt. Tatsächlich sind die heutigen Zeiten etwas ungemütlich und statt „cooperation“ haben wir eher … Krieg! Immerhin: die Teilnehmenden haben sich wie jedes Jahr vorgenommen, sich unverschämt als Löser der Probleme der Welt darzustellen — auch wenn sie geradezu das Zentrum der Probleme sind! Für Deutschland war das Forum die Gelegenheit, Lobbyismus für seine „klimafreundliche Wirtschaft“ zu machen.

Die sogenannten Wirtschaftsexpert:innen waren dieses Jahr in Davos in besonders guter Begleitung: Dieses 53. Forum versammelte eine Rekordzahl an Staatschefs. Ungewöhnlich, aber nicht erstaunlich, war die Abwesenheit Russlands. Dafür gab es eine große ukrainische Delegation. Die Spannungen zwischen China und USA, die die heutige Weltwirtschaftssituation prägen (siehe Aurora Nr. 20) „schwebte“ über allem. China selbst war wenig repräsentiert. Für die westlichen Mächte scheint die Zeit der „Kooperation“ auch mit diesem Land vorbei. Während Österreich nur zwei Minister geschickt hatte, war das deutsche Kapital hingegen mit Bundeskanzler Scholz und anderen Politiker:innen würdevoll vertreten.

Trotz Vertretungen aus der ganzen Welt bleibt dieses Forum – genauso wie seine Schwestern G7 und G20 – ein Forum des „globalen Nordens“. Die Großkonzerne und ihre Söldlinge treffen sich zum Austausch. Und immer geht es dabei darum, wo und wie Extragewinne eingestrichen werden können. So verstärkt sich das imperialistische System, das auf weltweiter Ausbeutung beruht.

Kurz vor der Eröffnung des Weltwirtschaftsforums veröffentlichte die Nichtregierungsorganisation Oxfam einen neuen Bericht zur Ungleichheit. Laut Oxfam gingen von je 100 US-Dollar, die an Vermögen in der Welt erwirtschaftet wurden, 54,40 US-Dollar an das reichste Prozent der Weltbevölkerung und nur 0,70 US-Dollar an die ärmsten 50 Prozent. Das Vermögen der Milliardäre wächst jeden Tag um 2,7 Milliarden. Um diese Leute geht es jedes Jahr in Davos.

Was sich liebt, das neckt sich

Beim Weltwirtschaftsforum haben also die armen Länder nichts zu suchen: Die Diskussionen finden unter imperialistischen Mächten statt. Und obwohl man unter Kumpels war, war alles nicht so einfach. Als die USA im Herbst letzten Jahres den neuen „Inflation Reduction Act“ (Inflationsreduzierungsgesetz) ankündigten, kam bei europäischen Großmächten Ärger auf. Der Titel des Maßnahmenpaketes erweckt den Eindruck, es gehe darum die Inflation zu bekämpfen. Aber US-Präsident Biden will vor allem die Industrie in den USA mit 370 Milliarden Dollar subventionieren und Unternehmen aus dem Ausland anlocken. Kaum war das Weltwirtschaftsforum zu Ende, konterte die deutsche

Bild: @wirtrageneurekrisenicht

Grüne und Fossile in Österreich

In Österreich ist seit Anfang 2020 die Regierung aus ÖVP und Grünen im Amt. Versprochen wurde: Klimaneutralität Österreichs bis 2040! Passiert ist: nichts wirklich Relevantes. Zunächst dominierte die Corona-Pandemie die Regierungsarbeit, doch auch nach nunmehr drei Jahren im Amt heißt es Greenwashing statt grüner Wende. Vorzeigeprojekt ist das „Klimaticket", ein vergünstigtes Ticket für alle Öffis in einem Bundesland, einer Region bzw. ganz Österreich. Während Pendler:innen, die bereits viel Bahn fahren, profitieren, ist es für viele Menschen zu teuer, und vor allem mangelt es am Ausbau schlecht angebundener Gebiete und an dichteren Takten. Die eingeführte CO_2-Bepreisung hat Kraftstoffe zwar teurer gemacht, aber keinen relevanten Lenkungseffekt im Mobilitätsverhalten. Obendrauf gab und gibt es Förderungen für Unternehmen – inklusive Subventionen für teure fossile Energie. Zum längst ausgelaufenen Klimaschutzgesetz gibt es keine beschlossene Nachfolge. Die ÖVP wird weiter relevante Maßnahmen blockieren – und die Grünen werden die Politik der ÖVP für Unternehmen und Reiche und gegen Migrant:innen mittragen.

Die grüne Klimaschutz- und Infrastrukturministerin Gewessler verkündete letzten Sommer das 2020 stillgelegte Kohlekraftwerk Mellach wieder betriebsbereit machen zu wollen – aus Angst vor Gasknappheit und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Anfang 2023 wurden die Pläne zunächst auf Eis gelegt. Die notwendigen Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme wären teuer und langwierig gewesen, also nicht geeignet zur Sicherung einer unmittelbaren Versorgungslücke.

Große Aufregung gibt es derzeit um geplante Erdgasbohrungen durch das australische börsennotierte Unternehmen ADX in Molln (Oberösterreich), in unmittelbarer Nähe von Naturschutzgebiet und Nationalpark. Informationen zum aktuellen Stand sind teilweise widersprüchlich, eine Bohrlizenz dürfte aber noch nicht erteilt worden sein. Während von einem Vorkommen in Höhe des dreifachen Jahresverbrauchs Österreichs die Rede ist, schätzen Expert:innen die Wahrscheinlichkeit für Funde in großem Ausmaß gering ein. Die lokale Bevölkerung erfuhr durch Zufall von den Plänen und organisiert sich in einer Bürgerinitiative dagegen.

Präsidentin der Europäischen Kommission, von der Leyen, mit einem europäischen **„Green Deal Industrial Plan" (GDIP)**: Auch in Europa sollen „Subventionen und Steuervergünstigungen" an „Investoren" bewilligt werden. Der Deckmantel ist mal wieder „das Klima", „grüne Technologien" sollen „gefördert" werden. Aber da heute ja alle Konzerne „grün" sind, ist das also ein großes Programm zur Verteilung staatlicher Gelder an die Industrie. Der deutsche Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) jubelte gleich über das „frische Geld". In den kommenden Monaten soll dieser Plan genauer unter den europäischen Ländern ausgestaltet werden. Das könnte Anlass für Spannungen in der EU geben, denn von diesen hunderten Milliarden – diesmal an Euros – werden vorwiegend Deutschland und Frankreich profitieren! Die Diskussionen sollen aber nicht ewig dauern. Indem er „die Dringlichkeit, den Heimatmarkt für Zukunftstechnologien zu stärken" betont, lässt der BEE seine Gier nach Gewinnen durchblicken.

> » Auch in Europa sollen ‚Subventionen und Steuervergünstigungen' an ‚Investoren' bewilligt werden. Der Deckmantel ist mal wieder ‚das Klima'. «

Es lebe die Grüne Wirtschaft?

Diesen „Green Deal Industrial Plan", der eine Antwort auf den amerikanischen „Inflation Reduction Act" sein soll, werden wir bezahlen. Dieses „frische Geld" (das eigentlich aus einem alten Corona-Wiederaufbauprogramm abgeleitet werden soll) lässt sich nicht aus dem Nichts schaffen. Sollten wir uns aber zumindest über diesen „Green Deal" freuen, weil er ein Anfang zur Lösung der kommenden Klimakrise ist? Sicher nicht. Für die europäischen Großunternehmen geht es überhaupt nicht darum, schneller „klimaneutral" zu werden, sondern darum, ihre Gewinne in den kommenden Jahrzehnten zu sichern. Das deutsche Kapital will sich die nötigen Investitionen für die Energiewende vom Staat bezahlen lassen und weltweit führender Exporteur bleiben. Im Rahmen dieses internationalen Wettbewerbs haben die armen Länder keine Chance.

Von der Leyen betonte, die Milliarden seien Mittel „für Forschung, Innovation und strategische Industrieprojekte". Aber existieren saubere – und zwar erneuerbare – Energiequellen nicht schon? Diese „Strategie" hat nicht als erstes Ziel, den weltweiten CO_2-Ausstoß zu reduzieren (und wer weiß, wann und in welchem Tempo die großen Konzerne überhaupt CO_2 reduzieren werden, wann es ihnen in ihre Gewinnüberlegungen vielleicht mal passt ...). Dieser neue Plan der EU hat als erstes Ziel, die europäische (und vor allem deutsche) Herrschaft im weltweiten Wettbewerb zu sichern. So eine Vorgehensweise stellt keinen winzigen Fortschritt dar. Ein „sauberer" Kapitalismus, der imstande wäre, die von uns allen so sehnsüchtig gewünschte Energiewende zu bewerkstelligen, ist nicht zu erwarten. Den gibt es nicht. ■

Sabine Müller und Lorenz Wassier, Berlin

RWE, die Grünen und die Kohle

Lützerath ist abgerissen und die Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler II nähert sich dem ehemaligen Dorf. Der Betreiber des Tagebaus, der deutsche Energiekonzern RWE, wird weiterhin Milliarden Gewinne machen und die Grünen tragen auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen (NRW) und auf Bundesebene die Entscheidung mit, lassen Umweltaktivist:innen von der Polizei wegprügeln und verabschieden sich ganz offiziell vom 1,5 Grad Ziel. Ganz gegen ihr offizielles Image, ist das nicht das erste Mal, dass die Grünen sogenannten Kohlekompromissen zustimmen oder den Status Quo akzeptieren - anders als die Klimaaktivist:innen, die den Kampf nicht aufgeben wollen.

Die Geschichte wiederholt sich

Als Anfang der 90er Jahre der Tagebau Garzweiler I durch Garzweiler II erweitert werden sollte, waren die Proteste und die Berichte fast dieselben wie heute. Für die Erweiterung des Tagebaus sollten Dörfer weichen und ein Naturschutzgebiet vernichtet werden. Die Grünen, die 1995 in NRW mit an die Regierung gekommen sind, haben im Koalitionsvertrag Garzweiler II nicht in Frage gestellt. Schon damals gab es wissenschaftliche Gutachten, die die energiepolitische Notwendigkeit der Braunkohle in Garzweiler II anzweifelten und voraussagten, dass die Kohlevorkommen in Garzweiler I bis 2020 ausreichen würden. Ihren Berechnungen lag allerdings zu Grunde, dass es zu einem bedeutend schnelleren Ausbau von erneuerbaren Energien und zu einem dezentralen Ausbau kleinerer Kraftwerke, die effizient Energie und Wärme nutzen, kommt. Ebenso gab es viele Vorschläge, wie Industrie und private Haushalte mehr einsparen können. Doch offensichtlich lief es anders und heute wird uns wieder vorgerechnet, dass die Kohle unter Lützerath notwendig für die Energiesicherheit sei. Für Alternativen zur Kohle wurde nicht ausreichend gesorgt, auch weil Konzerne wie RWE viel dafür getan haben, dass diese nicht ausgebaut werden. Immerhin wollen sie ja noch viel Kohle mit der Kohle verdienen.

Das 1,5-Grad-Ziel?

Auch dieses Mal gibt es Gutachten (z. B. die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung), dass die Kohle unter Lützerath nicht gebraucht wird. Aber die aktuelle NRW-Landesregierung sieht das anders. Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) sagt, damit die Energieversorgungssicherheit in diesem und im nächsten Winter gewährleistet werden könnte, müsse die Kohle unter Lützerath zur Verfügung gestellt werden. Unterstützung hat sie vom grünen Bundeswirtschafts- und Klimaminister Habeck. Sie stützen sich auf Daten, die... RWE geliefert hat. Außerdem behaupten sie, dass unterm Strich ein guter Deal mit RWE ausgehandelt worden sei, denn langfristig werde der Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorgezogen. Klimawissenschaftler:innen rechnen aber vor, dass RWE durch den Deal einfach mehr Kohle in kürzerer Zeit abbaggern darf. Das Ende von Lützerath bedeutet aber auch das Ende des 1,5-Grad-Zieles. Laut Umweltrat darf Deutschland ab 2022 noch 3,1 Gigatonnen CO_2 ausstoßen. Auf die einzelnen Sektoren und Industriezweige heruntergerechnet, dürften in NRW demnach noch 198 Millionen Tonnen CO_2 aus Braunkohle verursacht werden. Für den Tagebau in Garzweiler II verblieben 49 Tonnen CO_2. Durch die geplante Abbaggerung der Kohle unter Lützerath würden aber noch circa 170 Millionen Tonnen CO_2 ausgestoßen werden. Das von den Grünen hochgehaltene Ziel von maximal 1,5 Grad Erderwärmung wäre damit passé, außer in anderen Bereichen würde massiv CO_2 reduziert werden – was unwahrscheinlich ist.

Um das Klima zu retten, den Kapitalismus abschaffen

Spätestens seit den 70er/80er Jahren wissen Konzerne wie Volkswagen, ExxonMobil oder auch RWE über die katastrophalen Folgen des CO_2-Ausstoßes Bescheid. Auf Kosten von Mensch und Natur wird der Planet aber für die Gewinne einiger weniger ausgeplündert. Die Politik trägt dieses Wirtschaften mit. Die Protestierenden in Lützerath und anderswo haben allen Grund für Wut und ihren Protest, wird doch vor unseren Augen die Zukunft zerstört. Eine Zukunft, die für viele Klimakatastrophe und für Einige weiterhin Profit bedeutet. ■

Karl Gebhardt und Sabine Müller, Berlin

Quellen:

Polizei sichert die Profite von RWE.
Garzweiler II ist bis zu 250m tief und fast fünfmal so groß wie Berlin-Mitte

Streiks sind ein Überlebenskampf

Das Jahr begann mit dem ein oder anderen Streik — ob bei der Post, am Flughafen, bei den Lehrkräften, im Öffentlichen Dienst, bei Coca-Cola, dem rbb[1] und einigen mehr. Es werden dieses Jahr noch viele folgen. Im Angesicht der Inflation ist es unerlässlich geworden, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Es gab bereits mehrere Streiktage. Rund 18.000 Kolleg:innen der Post haben sich an den Streiks beteiligt in dessen Folge jedes fünfte Paket und jeder elfte Brief liegengeblieben sind. Ver.di fordert 15 Prozent mehr Lohn für die rund 160.000 Tarifbeschäftigten im Bereich Post & Paket Deutschland. Rund 140.000 Postzusteller:innen bekommen gerade mal ein Monatsentgelt, das zwischen 2.108 und 3090 Euro brutto liegt. Bisher verweigert die Chefetage Lohnerhöhungen. Dabei ist die Post eine Krisengewinnerin. 2022 betrug der Gewinn circa 8,4 Milliarden, 2021 waren es 5,1 und 2020 „nur“ 3 Milliarden. Dies ist eine ordentliche Gewinnsteigerung. Die Deutsche Post DHL Group, wurde 1995 als Deutsche Post AG im Zuge der sogenannten neoliberalen Reformen aus dem Öffentlichen Dienst herausgelöst und privatisiert.

Streiks beim Bund und den Kommunen

Am 24. 1. 2023 fand die erste Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVÖD) zwischen dem Bund, dem Arbeitgeberverband VKA[2] und Gewerkschaften wie Ver.di, GEW, IG Bau… statt. Ein Angebot legte die Verhandlungsgruppe um Innenministerin Faeser den etwa 2,5 Millionen Beschäftigten nicht vor, sondern ließ nur wissen, dass die Forderungen der Beschäftigten unerfüllbar wären. Diese fordern 10,5 %, aber mindestens 500 Euro mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Sie rechnen damit, dass sie diese Forderung nur durchsetzen können, wenn sie in einen Erzwingungsstreik[3] eintreten werden. Sie wollen sich nicht mit Einmalzahlungen zufriedengeben, denn ihnen ist bewusst, dass die Preise auch nach einer Reduktion der Inflationsrate nicht wieder fallen werden und sie ohne tabellenwirksame Lohnerhöhung einen deutlichen Reallohnverlust auf lange Zeit erleiden würden. Der letzte Erzwingungsstreik im Öffentlichen Dienst liegt schon einige Jahre zurück. 1974 setzten die streikenden Kolleg:innen eine Lohnerhöhung von 11 %, mindestens jedoch 170 Mark durch.

Das Tarifgeschehen dürfte bei vielen Kolleg:innen unterschiedlicher Branchen mit großem Interesse beobachtet werden. Auch die Landesbeschäftigten im Öffentlichen Dienst gehören wohl dazu, denn sie werden im Oktober diesen Jahres den Chefs und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ihre Forderungen präsentieren.

Streik der Berliner Lehrkräfte

Seit anderthalb Jahren streiken, an vereinzelten Warnstreiktagen, die Lehrkräfte in Berlin für kleinere Klassen, um der stetig steigenden Arbeitsbelastung etwas entgegenzusetzen[4]. Bisher ohne Erfolg, denn der rot-rot-grüne Senat weigert sich, darüber zu verhandeln. Für den 7. und 8. Februar ruft die GEW BERLIN zu einem zweitägigen Warnstreik auf. Dies ist das erste Mal, dass länger als einen Tag gestreikt wird. Am 12. 2. wird in Berlin gewählt, und die GEW will nochmal Druck aufbauen. Der Streik muss dringend ausgeweitet werden, weshalb die junge GEW Berlin für einem unbefristeten Erzwingungsstreik plädiert und Unterschriften gesammelt hat. Da passt es, dass in Berlin auch die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes am 9. 2. 2023 in den Warnstreik treten werden.

Gemeinsam Kämpfen

Am 27. 1. versammelten sich mehrere Hundert Delegierte aus Berliner Krankenhäusern, von der Stadtreinigung, den Wasserwerken und einigen mehr zum Auftakt der TVÖD-Streikkampagne. Die Streikbereitschaft war groß. Sie diskutierten weitere Schritte, um die Streiks vorzubereiten. Es wurde unter anderem dazu aufgerufen, gemeinsame Streiks mit den Berliner Lehrkräften und der Post und eine breite Mobilisierung in allen Betrieben und Bereichen durchzuführen, denn nur so können alle Forderungen durchgesetzt und ein echter Inflationsausgleich erkämpft werden. ■

Havanna Obst und Karl Gebhardt, Berlin

Streikauftakt der TVÖD-Runde in Berlin am 27. Januar

1 Rundfunk Berlin Brandenburg.

2 Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

3 unbefristeter Streik

4 Die Kultusministerkonferenz fordert zurzeit die Ausweitung der Klassengröße und die Erhöhung der Unterrichtszeit für Lehrkräfte.

Mit neuem Schwung gegen Macrons Rentenreform

Er hatte es angekündigt, und nun geht Macrons großes Projekt der Rentenreform tatsächlich in eine neue Runde. Es sollte eines der großen Reformprojekte seiner Regierung werden, schon als er 2017 sein Amt antrat. 2019 war es dann so weit.

Doch seit 2016 hatte es in Frankreich immer wieder mehr oder weniger große Bewegungen gegeben: gegen die Arbeitsrechtsreform 2016, ein Bahnstreik gegen die Teilprivatisierung, die Studierendenbewegung von 2018 und natürlich auch die Gelbwestenbewegung, die ihren Anfang im Dezember 2018 fand. Diese aufeinanderfolgenden Protestwellen führten zum einen dazu, dass Macron seine Rentenreform immer wieder verschieben musste und zum anderen auch zu einer Emanzipation der Arbeiter:innen gegenüber den Gewerkschaften. Gerade nach den Gelbwesten wollte man die eigene Bewegung kontrollieren und sich nicht dem Willen der Gewerkschaftsführungen beugen. Und man hatte auch gelernt, dass das funktionieren konnte.

Am 31. Januar gingen 500.000 Menschen in Paris auf die Straße.

So gingen die Menschen zu Zehntausenden auf die Straßen im Dezember 2019. Bei Bahn und Pariser ÖPNV kam es zu unbefristeten Streiks, die zum längsten Bahnstreik der Geschichte Frankreichs werden sollten.

Doch wieso das Ganze eigentlich?

Was sind das für Pläne, die in Frankreich das Potenzial zum Vorschein bringen, das ganze Land lahmzulegen?

Im Prinzip ist von den Reformplänen von 2019 nicht mehr viel übrig – doch Kern bleibt nach wie vor die Anhebung des Renteneintrittsalters. Das liegt im Moment bei 62 Jahren und soll nun auf 64 angehoben werden. Allerdings nur, wenn man zu diesem Zeitpunkt schon 43 Jahre in die Rentenkassen eingezahlt hat, hat man dann vollen Anspruch auf die Bezüge. Wenn dies nicht der Fall ist, dann muss man noch drei Jahre länger arbeiten und darf schließlich mit 67 in Rente gehen.

Der Grund dafür ist schlicht und ergreifend, Geld einzusparen, und das eben auf dem Rücken der Arbeiter:innen, die ihr Leben lang gearbeitet haben – um nun auch noch um eine angemessene Altersabsicherung kämpfen zu müssen. Und hier zeigt sich auch, wieso die Bewegung und der Kampf um die Rentenreform so breit ist. Denn natürlich

Rente in Deutschland: Verschlechterung mit Ansage

Wenn man in den letzten Wochen in der deutschen Presse die Nachrichten aus Frankreich verfolgt hat, so begegneten einem häufig die Argumente, hier wäre die Rente ja auch ab 67 und man könne damit leben. Doch das stimmt so gar nicht. Seitdem die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters 2007 beschlossen wurde, sieht nun, da die Rente ab 67 tatsächlich näher rückt, die Realität allerdings anders aus: Die Zahl der Frührentner:innen steigt. Schon 2011 lag die Quote der Menschen, die unter dem Eintrittsalter in Rente gingen, bei 47,5 % und die Tendenz steigt. Das liegt zum einen daran, dass man Langzeitarbeitslose so vom Arbeitsmarkt nimmt, zum anderen an Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, sowie an Menschen, die bereit sind und es sich leisten können, gegen Verluste früher in Rente zu gehen. Gleichzeitig steigt aber auch der Anteil der Menschen, die neben der Rente weiterhin erwerbstätig bleiben: 2022 lag er bei 13,5 %. Bundeskanzler Scholz kündigte Anfang des Jahres an, er wolle dafür sorgen, dass die Menschen künftig wieder bis zum Renteneintrittsalter arbeiten. Die nächsten Reformen am Rentensystem klopfen also auch hier an der Tür: Und ja, es zeigt sich deutlich, dass das jetzige System so nicht funktioniert. Doch wir müssen gemeinsam gegen die Klagen von „Fachkräftemangel“ und „demographischem Wandel“ stehen und kämpfen – für eine Rente nach unseren Bedürfnissen!

Pensionen in Österreich: Konstante Verschlechterungen

In Österreich hat es in den letzten Jahrzehnten diverse Angriffe auf das Pensionssystem gegeben. 2003 gab es unter der rechten ÖVP-FPÖ-Regierung eine Reihe von Verschlechterungen, um das reale Pensionsantrittsalter anzuheben und Geld zu sparen – durch Abschläge, Verschärfungen bei Voraussetzungen und Veränderung der Durchrechnungszeiträume (welche Zeiten niedrigerer Verdienste einberechnet werden). Gegen diese „Reform" gab es mit die größten Streiks und Demonstrationen der österreichischen Geschichte. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) war aber – wie sonst auch – zu keinem ernsthaften Kampf bereit und beendete die gut mobilisierte Bewegung nach einem symbolischen Aktionstag.

Für viele Arbeitende wurde und wird es zunehmend schwieriger vor 65 in Pension zu gehen, gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit von Menschen über 50 Jahren an. Viele Unternehmen entledigten sich ihrer „zu teuren" älteren Mitarbeiter:innen zugunsten von billigeren und „fitteren" jungen. Statt in Frühpension gehen zu können, sollten die Reformen jene dazu zwingen, in unbeliebten Branchen schlecht bezahlte Jobs zu besetzen. Mit 1. Jänner 2024 startet zudem die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen (derzeit 60 Jahre) an das von Männern (65 Jahre).

Aktuell herrscht in unzähligen Branchen ein großer Arbeitskräftemangel, auch aufgrund einer großen Pensionierungswelle. Als „Lösung" wird diskutiert, Arbeitende später in Pension zu schicken oder aus der Pension zurück zu holen. Passend hat die Regierung beschlossen, die geblockte Altersteilzeit (öffentlich geförderte Möglichkeit des früheren Pensionsantritts bei reduziertem Gehalt) abzuschaffen. Was tatsächlich fehlt sind höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und die Perspektive auf einen abgesicherten Ruhestand.

kommen wir alle irgendwann in ein Alter, in dem wir nicht mehr arbeiten können und wollen sowieso nicht. Doch das ist es nicht allein. Es geht um mehr als nur um die Rente. Es geht um Löhne, die nicht mehr steigen im Angesicht einer Inflation, die sie de facto sinken lässt. Denn höhere Löhne bedeuten natürlich auch höhere Renten.

Die Proteste von 2019/2020 sind in die Ferne gerückt. Fest steht jedoch, durch die monatelangen Streiks und Demonstrationen – und schließlich den Beginn der Corona-Pandemie – konnte Macron seine Reformwünsche damals nicht umsetzen. Das muss als ein Sieg der Bewegung in Erinnerung gerufen werden.

> Denn es ist nicht nur Widerstand gegen diese eine Reform, sondern gegen Macron und seine neoliberale Politik der Reichen, die die Menschen nicht mehr ertragen wollen.

Es geht um das immer radikalere Einstampfen der letzten, in großen sozialen Protesten erkämpften sozialen Sicherungssysteme des kapitalistischen Staates. Dagegen hält Macrons Regierung das Argument, dass man länger arbeiten müsse, wenn man länger lebt. Das ist allerdings haarsträubender Unfug; und zwar weil Arbeit im kapitalistischen System sehr ungesund bis tödlich sein kann. Und die Ideen dieser Reform widersprechen auch der Realität: Nur etwa die Hälfte der über 55-Jährigen in Frankreich arbeitet noch, viele sind arbeitsunfähig oder in Frührente. Viele sind auch arbeitslos und finden einfach keine Jobs mehr – weil sie, und das ist ja das Absurde, zu alt sind.

Nach der Verkündigung der neuen Pläne am 10. 1. 2023 nahmen wieder die Gewerkschaften die Ruder in die Hand – diesmal alle gemeinsam, einschließlich der macronistischen CFDT, die den letzten Reformversuch noch unterstützte. Nun riefen sie zu Protesten auf und gemeinsam versammelten sie am 19. 1. 2023 frankreichweit über 2 Millionen Menschen auf Demonstrationen. Am zweiten Streiktag, dem 31. 1., also knapp zwei Wochen später, sogar nochmal mehr. Über 250 Demonstrationen fanden frankreichweit statt. „Macron sollte auf der Hut sein – ein Funke genügt", sagt Bernard Sananès, Chef des Meinungsforschungsinstituts Elabe. Und nicht nur er sagt das, sondern die Millionen Französ:innen auf den Straßen schreien es heraus. Denn es ist nicht nur Widerstand gegen diese eine Reform, sondern gegen Macron und seine neoliberale Politik der Reichen, die die Menschen nicht mehr ertragen wollen. Noch ordnen sich die Proteste den Gewerkschaften unter, die Streikbereitschaft ist hoch, doch finden die Arbeitsniederlegungen meist noch nur an den Aktionstagen statt. Doch ein Anfang ist gemacht, mit Streiks bei der Bahn, im Energiesektor, an den Häfen, in den Schulen und auch im Privatsektor. Die Versammlungen und Streikkomitees könnten zurückkommen und die Streiks wieder unbefristet werden, um diesem Symbol von Macrons Politik für die Bosse Einhalt zu gebieten, denn beim letzten Mal haben sie nicht verloren. ■

Maria Brücke, Berlin

Vom revolutionären Bruch zu einer revolutionären Zusammenarbeit?

Am 14. Januar dieses Jahres kamen knapp 150 Aktivist:innen zu einer Konferenz unter dem Motto „Für einen revolutionären Bruch mit der Linkspartei und Solid“ in Berlin zusammen. Beteiligt haben sich neben den einladenden (teilweise ehemaligen) Mitgliedern der Linkspartei-Jugendorganisation Solid verschiedene revolutionäre Organisationen, vor allem die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO/KGK), die Gruppe Arbeiter:innenmacht (GAM) mit ihrer Jugendorganisation Revolution (Revo) und wir von der RSO. Wir alle hatten uns zum Ziel gesetzt, über revolutionäre Perspektiven zu diskutieren anstelle des von Linkspartei und Solid betriebenen Reformismus — also der Illusion, durch Mitverwaltung der kapitalistischen Gesellschaft sozialistische oder auch nur soziale Projekte voranzubringen.

In verschiedenen Workshops wurde über so unterschiedliche Themen wie Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Jugendarbeit, Klimakrise, Feminismus oder internationale Erfahrungen beim Aufbau revolutionärer Organisationen angeregt diskutiert. Zur Debatte stand auch, ob der Bruch mit der reformistischen Strategie auch einen unmittelbaren Austritt aus Solid und Linkspartei bedeuten soll, und welche organisatorische Perspektive an deren Stelle treten könnte.

Wir als RSO hatten zur Frage der Perspektive im Vorfeld der Konferenz geschrieben:

„Die multiplen Krisen des Kapitalismus, die eine sozialistische Revolution immer dringlicher machen [...] machen eine revolutionäre Partei ebenso dringend erforderlich. Daher müssen wir kühne Schritte unternehmen, um eine wahrnehmbare revolutionäre Kraft in Deutschland zu schaffen, statt wie bisher als revolutionäre Kleingruppen weitgehend nebeneinanderher zu existieren.

Die Differenzen zwischen den bestehenden Organisationen sind vielfältig. [...] Wir sind der Überzeugung, dass all diese Fragen wichtig sind und ausgiebig diskutiert werden müssen. Aber wir dürfen nicht darauf warten, in allen Fragen Einigkeit erzielt zu haben, bevor wir versuchen unsere Kräfte dort zu vereinen, wo sich dies heute schon machen lässt. [...]

Wir könnten versuchen, trotz bestehender Differenzen, mit denjenigen revolutionären Kräften, die dazu bereit sind, eine gemeinsame Organisation aufzubauen. Eine Organisation, die von den verschiedenen Erfahrungen der beteiligten Gruppen profitieren könnte, und die für eine breitere (linke) Öffentlichkeit wahrnehmbarer ist und eine größere Strahlkraft erreichen kann als jede Gruppierung für sich alleine.“

Am Ende der Konferenz stand die Diskussion über eine Abschlusserklärung, wobei ein Vorschlag von RIO/KGK kam und GAM/Revo zusammen mit weiteren Teilnehmer:innen einen Alternativentwurf vorlegten. Schnell wurde deutlich, dass der Hauptunterschied in der Frage bestand, wie wir als Revolutionär:innen nicht nur selbst mit dem Reformismus brechen können, sondern auch dazu beitragen, dass möglichst viele andere Aktivist:innen einen solchen Bruch vollziehen.

Der Entwurf von RIO/KGK, der mit ein paar Änderungen am Ende eine deutliche Mehrheit erhielt[1], erklärt den sofortigen Austritt aus Linkspartei und Solid, während der abgelehnte Alternativentwurf den organisatorischen Bruch offenließ. Die Genoss:innen der GAM argumentierten, dass es nicht ausreiche, Linkspartei und Solid für gescheitert zu erklären, sondern dass die Aufgabe noch vor uns liegt, größere Massen für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Das ist unbestreitbar. Doch was ist dafür notwendig?

Die Linkspartei wählen?

Die Debatte konkretisierte sich anhand der Frage, wie Revolutionär:innen sich zur Wiederholungswahl in Berlin stellen sollen. Im Alternativentwurf wurde vorgeschlagen, zur Wahl von bestimmten Kandidat:innen der Linkspartei aufzurufen. Die GAM vertritt generell bei Wahlen eine „kritische“ Unterstützung der Linkspartei. In einem Flugblatt vor den Wahlen 2021 begründete sie dies wie folgt:

„Wir rufen zur Wahl der Linkspartei auf als Teil des Abwehrkampfs, denn sie stützt sich auf jene [...], die Widerstand leisten [...] wollen. Trotz ihrer reformistischen, durch und durch bürgerlichen Politik organisiert DIE LINKE wichtige Teile der sozialen Bewegungen und des linken Flügels der betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven. [...] Wir richten uns direkt an die Linkspartei und besonders an ihre Mitglieder, denen es ernst ist mit den Forderungen ihrer Partei: [...] Verrät Euch die Linkspartei und tausende WählerInnen, dann solltet ihr mit uns eine neue, wirklich revolutionäre Partei aufzubauen versuchen.“

Obwohl die GAM sich also keinen Illusionen hinsichtlich der „durch und durch

Bild: klassegegenklasse.org

bürgerlichen Politik“ der Linkspartei hingibt, hält sie es für notwendig, sie zu wählen, offenbar um die Wähler:innen der Linkspartei besser zu erreichen. Erst nachdem die Linkspartei diese verraten hat, sollen sie offenbar dazu bereit sein, mit den Genoss:innen der GAM gemeinsam eine neue Partei aufzubauen.

Doch das Hauptproblem ist doch nicht, dass Wähler:innen der Linkspartei oder „wichtige Teile der sozialen Bewegungen und des linken Flügels der betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven“ noch Anschauungsunterricht bräuchten, was bei einer Wahl oder bei einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei herauskommt. Das konnten sie in den letzten Jahrzehnten oft genug erfahren. Dass trotz Beteiligung der LINKEN am Berliner Senat der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ (DWE)[2] nicht umgesetzt wurde, ist doch nur eine neue Episode, nachdem unter Beteiligung der Linkspartei schon vor 20 Jahren überhaupt erst große Teile des Berliner Wohnungsbestands an Immobilienhaie verscherbelt worden waren. „Verraten“ hat die Linkspartei ihre eigenen Forderungen und ihre Wähler:innen schon oft. Was fehlt, ist eine glaubwürdige und sichtbare revolutionäre Alternative zum Reformismus! Die gilt es aufzubauen, auch wenn wir dabei klein anfangen.

Denn selbstverständlich sind die revolutionären Kräfte in Deutschland immer noch sehr klein, insbesondere im Verhältnis zur Linkspartei, auch wenn die Linkspartei Wahlniederlagen erlitten hat und viel über die „Krise der Linkspartei“ geschrieben wird. Doch wir revolutionären Kräfte werden nicht dadurch glaubwürdiger, dass wir trotz aller Kritik wieder zur Wahl der LINKEN aufrufen, sondern dadurch, dass wir uns in der Arbeiter:innenklasse verankern, sichtbar und kampagnenfähig werden. Und dabei ist die bestehende Zersplitterung der revolutionären Linken ein echtes Handicap.

» Wir revolutionären Kräfte werden dadurch glaubwürdiger, dass wir sichtbar und kampagnenfähig werden. Dabei ist die bestehende Zersplitterung der revolutionären Linken ein Handicap.«

Unsere gemeinsame Verantwortung

Es gibt Aktivist:innen, die von der Linkspartei enttäuscht sind, oder Jugendliche, die sich neu politisieren und relativ schnell feststellen, dass die Linkspartei keinen Enthusiasmus verströmt und kein funktionierendes Konzept zur Veränderung der gesellschaftlichen Zustände hat. Doch wenn sie sich nach Alternativen umschauen und auch offen sind für revolutionäre Angebote, so treffen sie auf viele Klein- und Kleinstgruppen, deren Unterschiede meist nur für Eingeweihte zu verstehen sind.

Es muss uns gelingen, diesen Zustand zu überwinden. Nicht, indem wir unsere Differenzen unter den Teppich kehren, sondern indem wir über diese Differenzen solidarische Diskussionen führen und zugleich die Spaltungen überwinden und als gemeinsamer Pol auftreten – in den Klassenkämpfen, in sozialen Bewegungen, in der Öffentlichkeit. In diesem Sinne haben wir auf der Konferenz den obigen Vorschlag gemacht, uns eine gemeinsame Organisation als Ziel zu setzen. In der Abschlusserklärung der Konferenz, die wir unterstützt haben, ist nun beschlossen worden „Schritte für den Aufbau einer gemeinsamen revolutionären Front zu gehen“, zusammen mit einer ganzen Reihe von möglichen Kampagnen, in denen man zusammenarbeiten möchte.

Damit ist ein erster Schritt getan, der aber längst nicht ausreicht. Wir hoffen, dass auch diejenigen Genoss:innen, die den Alternativentwurf vorgelegt haben, Teil einer solchen Front sein werden und weitere revolutionäre Kräfte bereit sind, sich anzuschließen. Der Aufbau einer revolutionären Partei muss in den nächsten Jahren deutlich vorankommen! ■

Richard Lux, Berlin

1 revolutionaererbruch.wordpress.com

2 Mehr Informationen zu DWE unter: sozialismus.click/enteignen-ja-bitte/

VERANSTALTUNGEN

Berlin | 18:15 Uhr | Technische Universität, i-café,
Institut für Soziologie, Raum FH305, Fraunhoferstr. 33-36

Do, 16.02. Berlinwahl: Eine Wahl fürs Klima, Streiks und Deutsche Wohnen und Co. enteignen?

Düsseldorf | 19:00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstraße 53

Mi, 15.02. Brasilien nach Bolsonaro: Wie tickt Lula?

Weiteres wird noch angekündigt: siehe Website oder Instagram.

Wien | 19.00 Uhr | Amerlinghaus , Stiftgasse 8, 1070 Wien, Raum 3

Do, 16.02. Filmabend: The Angry Workers

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

+49 1777 800571

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net